



Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns

Landesgeschäftsstelle  
Gostenhofer Hauptstr. 63  
90443 Nürnberg

Tel.: (0911) 92 31 89-90  
Fax: (0911) 92 31 89-92  
Email: [agaby@web.de](mailto:agaby@web.de)  
Internet: [www.agaby.de](http://www.agaby.de)

Nürnberg, den 13. Juli 2007

## Pressemitteilung

Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes

### **Glaubwürdigkeit des Integrationsgipfels in Frage gestellt**

AGABY kritisiert auch mangelnde Einbeziehung von Ausländerbeiräten

„Ich verstehe, dass einige Migrantenverbände dem Gipfel fern geblieben sind, denn die letzte Woche beschlossenen Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes stellen die Glaubwürdigkeit des Integrationsgipfels bzw. ein notwendiges positives Klima für eine gemeinsame Anstrengung für Integration in Frage“, so Mitra Sharifi, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY).

Wichtig an dem Integrationsgipfel sei das politische Signal: erstens sei das Thema von höchster gesellschaftlicher Priorität und zweitens suche man den Dialog mit Migranten. Auch der erarbeitete nationale Integrationsplan schien positive Ansätze für ein zukunftsorientiertes Vorgehen zu bieten. Die Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes erinnert an den Spruch: ein Schritt nach vorne, zwei zurück! Wir fallen in Ton und Inhalt wieder in die Zeit des alten „Ausländergesetzes“ zurück, das mit ordnungspolitischen Instrumenten die Zuwanderung vor allem abwehren wollte. Offensichtlich glauben manche Politiker, man könne Integration verordnen.

Wir lehnen die Erschwerung der Einbürgerung, Sanktionen im Bereich der Integrationskurse und vor allem die ethnisch diskriminierende Sonderregelung im Bereich Ehegattennachzug ab. Diese Maßnahmen sind integrationsfeindlich. Beispielsweise sind die Verschärfungen im Bereich Ehegattennachzug nicht nur ein emotionaler Affront gegenüber bestimmten Migrantengruppen. Sie dürften angesichts ihres diskriminierenden Charakters auch verfassungsrechtlich umstritten sein. Das populistisch vorgeschobene Argument mit dem Vorbeugen von Zwangsehen ist bestenfalls naiv.

Um gegen die Menschenrechtsproblematik „Zwangsehe“, die unseres Erachtens bei der großen Mehrheit der Migranten kein Problem ist und eine kleine Gruppe betrifft, braucht man statt Populismus mehr Förderung für Mädchen und Frauen, mehr Integrationschancen in Bildungssystem und Arbeitsmarkt, damit Frauen und Mädchen gegen patriarchale Traditionen kämpfen können. Rechtlich bietet die Gesetzgebung bereits genügend Möglichkeiten, um Zwangsehen zu bekämpfen.

Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis: Wir bedauern sehr, dass die Ausländerbeiräte als demokratisch legitimierte, Ethnien und Religionen übergreifende und parteipolitisch

neutrale Migrantenvertretungen nicht viel stärker beteiligt wurden und damit die großen einzelethnischen und religiösen Verbände als Migrantenvertreter ein Übergewicht bekommen haben. Wir sollten bedenken, dass der Anteil der Migranten, die nicht den größeren Nationalitätengruppen angehören, nicht so klein ist. Sie sollten auch entsprechend repräsentiert werden. Dies leisten die Ausländerbeiräte sehr gut.

**Kontakt:**

Mitra Sharifi

Vorsitzende der AGABY

Tel.: 0171 / 4175862